

---

**N i e d e r s c h r i f t**

**über die Sitzung des Stadtrates am 26.04.2023**

**Sitzungsbeginn:** 16:00 Uhr  
**Sitzungsende:** 19:26 Uhr  
**Sitzungsort:** Dessauer Versorgungs- und Verkehrsgesellschaft  
(DVV), großer Saal, Albrechtstr. 48, 06844 D.-R.

**Teilnehmer/-innen:** siehe Anwesenheitsliste

**Öffentliche Tagesordnungspunkte**

**1 Eröffnung der Sitzung, Feststellung der ordnungsgemäßen Einladung und der Beschlussfähigkeit**

**Herr Rumpf, Vorsitzender des Stadtrates**, eröffnet die Sitzung, stellt die ordnungsgemäße Einladung sowie die Beschlussfähigkeit mit derzeit 41 stimmberechtigten Mitgliedern fest.

**2 Beschlussfassung der Tagesordnung**

Der **Vorsitzende des Stadtrates, Herr Rumpf**, gibt bekannt, dass die im nichtöffentlichen Teil der Sitzung als Tagesordnungspunkt 8.1 eingeordnete Beschlussvorlage (BV/097/2023/I-41) seitens des Einreichers zurückgezogen wird.

Die Tagesordnung wird geändert (ohne TOP 8.1) einstimmig beschlossen. (41:00:00)

**3 Genehmigung der Niederschriften vom 08.03.2023**

Die Niederschrift der Sitzung des Stadtrates am 08.03.2023 wird genehmigt.  
(38:00:03)

Die Niederschrift der Sondersitzung des Stadtrates am 08.03.2023 wird genehmigt.  
(38:00:03)

## 4 Berichte des Oberbürgermeisters

### 4.1 Information über wesentliche Angelegenheiten der Stadt

**Herr Oberbürgermeister Dr. Reck** informiert über folgende Angelegenheiten der Stadt:

- Ende des Kurt-Weill-Festes am 12. März 2023. Er dankt allen Akteuren, insbesondere der Kurt-Weill-Gesellschaft.
- Tage der Chor- und Orchestermusik vom 17. März bis zum 29. März 2023. Er spricht denjenigen, die es ermöglicht haben, dass diese Tage stattfinden konnten, seinen Dank aus. Insbesondere hebt er die Uraufführung der „Odyssee“ hervor und dankt Herrn Christoph Reuter, Herrn Andreas Hilger sowie den Chören und Musikern.
- Dank an die Mitarbeiter des Eigenbetriebes Stadtpflege für die Pflege und Begrünung unserer Stadt.
- Einbürgerung von 12 Personen seit der letzten Berichterstattung. Es handelt sich um zwei Frauen, sechs Männer und vier Kinder, die aus Syrien, dem Kosovo und Serbien stammen.
- In Roßlau fand ein Werkstattgespräch zum Stadtteilentwicklungskonzept statt. Dieses Konzept befindet sich unter Beteiligung der Bürgerinnen und Bürger in der Vorbereitung. Bis Ende Juni 2023 finden Stadtgespräche zum Schillerplatz, zum Paulick-Ring und zur Rossel statt.
- Zum Thema Einzelhandelskonzept findet am 08. Mai 2023 eine Informationsveranstaltung in der Marienkirche statt, wozu alle Stadträtinnen und Stadträte sowie Bürgerinnen und Bürger eingeladen werden.
- Am 15. April 2023 fand ein Erfahrungsaustausch, gemeinsam mit den Mitgliedern des Ausschusses für Kultur und Sport und des Ausschusses für Stadtentwicklung, Bauen, Stadtgrün und Mobilität, in Lüneburg mit dem dortigen Museum statt.
- Zum Thema Bundesgartenschau fand am 17. April 2023 in der Marienkirche eine Bürgerversammlung statt.
- Für das am Wochenende gewonnene Handballspiel spricht er den Handballern unserer Stadt seinen Glückwunsch aus.

---

Während der Berichterstattung erscheint Herr Bernstein, Fraktion Die Grünen, FDP, Neues Forum-Bürgerliste, zur Sitzung. (42)

## **4.2 Bekanntgabe der Beschlüsse nichtöffentlicher Sitzungen des Gremiums**

**Herr Oberbürgermeister Dr. Reck** gibt den in der nichtöffentlichen Sitzung am 08.03.2023 gefassten Beschluss „Erteilung einer Konzession im Rettungsdienst“ bekannt.

## **4.3 Bekanntgabe und Begründung von Eilentscheidungen des Oberbürgermeisters**

**Herr Oberbürgermeister Dr. Reck** gibt bekannt, dass nach § 65 Abs. 4 KVG LSA eine Eilentscheidung über die Abgabe der Selbsterklärung nach § 22 Abs. 1 Nr. 1 Gesetz zur Einführung von Preisbremsen für leitungsgebundenes Erdgas und Wärme (Erdgas-Wärme-Preisbremsengesetz – EWPBG) und § 30 Abs. 1 Nr. 1 Gesetz zur Einführung einer Strompreisbremse (Strompreisbremsegesetz) getroffen wurde. Eine entsprechende Vorlage ist Gegenstand des Tagesordnungspunktes 9.1 der heutigen Sitzung.

## **5 Einwohnerfragestunde - Beginn ca. 16:20 Uhr**

**Herr Stadtratsvorsitzender Rumpf** erteilt der Bürgerin Frau Spengler das Wort.

**Frau Laura Spengler** äußert eine Frage aus dem Kontext „Zukunftsreise“ in Verbindung mit dem Fördertitel „Zukunftsfähige Innenstädte und Zentren“. Sie bezieht sich auf die Vergabe von Fördermitteln zur Förderung von leerstehenden Innenstadtgeschäften, die von Initiativen genutzt werden möchten, um den Leerstand zu bekämpfen und dort sinnvolle Projekte unterzubringen. Es wurde ein Konzept erarbeitet für die Förderung „Zukunftsfähige Innenstädte und Zentren“. Laut ihrer Informationen liegt dieser Sachverhalt beim Oberbürgermeister. Frau Spengler möchte wissen, warum diese erneut hinterfragt werden, warum nach so langer Zeit keine Genehmigung erfolgt, wann die Entscheidung dazu gefällt wird und was sie tun kann, dass die Entscheidung positiv für die geplante Initiative ausfällt. Sie erläutert den Hintergrund ihrer Fragen und geht kurz auf das Konzept des „**Werkstattcafés**“ ein. Mehrfach wurde versichert, dass diese Projektidee von der Stadt gewünscht ist.

**Herr Oberbürgermeister Dr. Reck** erklärt, dass er diese Informationsvorlage zur Prüfung gegeben hat, da zwei Punkte unklar sind. Zum einen die Unterscheidung und Abstufung zwischen ehrenamtlich und gewerblich, was einheitlich erfolgen sollte und zum anderen, dass diese Projekte vorrangig außerhalb der großen Zentren umgesetzt werden sollen. Er ist der Meinung, wenn die Zentren Teil der Innenstadt

sind, warum das dann auch nicht dort umgesetzt werden soll. Da sich das Projekt dauerhaft selbst tragen würde, gibt es keinen Anlass, diese Förderung abzulehnen. Warum das so lange dauert, muss noch hinterfragt werden.

**Herr Stadtratsvorsitzender Rumpf** bittet den zweiten Bürger, der namentlich nicht genannt werden möchte, seine Frage zu stellen.

**Der Bürger** stellt die Frage, warum die Beschlüsse des Stadtrates vom Stadtratsvorsitzenden nicht umgesetzt werden.

**Herr Stadtratsvorsitzender Rumpf** erwidert darauf, dass die Beschlüsse umgesetzt werden und fragt nach, um welchen Beschluss es sich handelt.

Der **Bürger** bezieht sich auf seine spontane Fragestellung in der Einwohnerfragestunde, die bei der letzten Stadtratssitzung nicht umgesetzt wurde. Anregungen und Beschwerden des Bürgers sind innerhalb von sechs Wochen nicht beantwortet wurden. Die Beschwerde ging an alle Stadträte und niemand hat reagiert bzw. geantwortet. Auch der Zwischenbescheid des Oberbürgermeisters blieb aus.

**Herr Stadtratsvorsitzender Rumpf** entschuldigt sich in aller Form bei dem Bürger, dass er die Geschäftsordnung in der letzten Stadtratssitzung nicht genau eingehalten hat. Er war irrtümlicherweise der Meinung, dass spontane Fragen schriftlich eingereicht werden müssen. Er verspricht, seine Bemühungen dahingehend, die Geschäftsordnung einzuhalten.

Die zweite Frage des **Bürgers** bezieht sich auf die Niederschrift der Stadtratssitzung am 07.12.2023. Er fragt, warum es von der Niederschrift zwei Exemplare gibt. Eine Niederschrift vom 19.01.2023 mit 27 Seiten und eine Niederschrift vom 22.02.2023 mit 29 Seiten.

**Herr Stadtratsvorsitzender Rumpf** spricht die Empfehlung aus, die Fragen vorab schriftlich einzureichen, da dann eine Beantwortung in der Sitzung möglich ist. Die Frage wird nach erfolgter Prüfung schriftlich beantwortet.

## 6 Öffentliche Anfragen und Informationen

**Herr Jacob-Uwe Weber, Ortsbürgermeister Mosigkau**, bezieht sich auf den schlechten Zustand der Straßen in der Ortschaft Mosigkau. Er legt dar, dass am 02.04.2023 zwischen 06:00 Uhr und 07:00 Uhr ein Rettungswagen des Deutschen Roten Kreuzes von einem Weg in Mosigkau durch den Einsatz der Berufsfeuerwehr freigeschleppt werden musste. Er bedankt sich dafür, dass durch den schnellen Einsatz der Berufsfeuerwehr die betroffene Person rechtzeitig das Städtische Klinikum erreicht hat. In der Ortschaft Mosigkau können vermehrt Menschen mit altersgerechten Verletzungen nicht ordnungsgemäß über den Weg abtransportiert werden. Die Bürgerschaft fragt sich ernsthaft, wenn jedes Jahr mit den gleichen untauglichen Mit-

tein der Straßenprofilierung versucht wird, Löcher zu stopfen, die 14 Tage später größer als vorher wieder auftreten, ob das ein ernsthafter Zustand ist. Die Mosigkauer fragen und ob sich die Stadt, die nicht in der Lage ist, 13.000 laufende Meter Dorfstraße zu erneuern, das Projekt BUGA zutraut.

Sicherheit und Ordnung sind ein Recht der Bürger. Auch die Stadträte haben mit dem Amtseid zum Wohl der Bürgerschaft geschworen. Deshalb bitte er darum, keine Haushalte zu beschließen, deren Abfluss an Mitteln nicht sichergestellt ist. Letztes Jahr wurden für den Haushaltsposten Straßenunterhalt 375 T€ nicht ausgegeben. Das KVG des Landes Sachsen-Anhalt erlaubt im § 84 Abs. 3 Nummer 3 durchaus, dass ortsübliche Straßen durch die Ortschaftsräte selbst bewirtschaftet werden können, was sich der Ortschaftsrat Mosigkau zutraut. Er fordert die Stadträtinnen und Stadträte auf, dazu erfolgt noch eine Einladung, sich gemeinsam mit der Bürgerschaft am 02.05.2023, 16:30 Uhr, vor Ort von dem schlechten Zustand der Straßen zu überzeugen. Zugesichert werden sollte, dass gehbehinderte Menschen hochbetagter Bevölkerung, denen nicht einmal ein Einzelhandelsstandort zugestanden wird, diese Straßen, auch bei schlechtem Wetter, betreten können. Abschließend bittet er Herrn Mrosek, sich nicht im nächsten Amtsblatt wieder zu empören, da er in Mosigkau wohnt und diesen Zustand seit Jahren nicht thematisiert hat.

**Herr Rumpf, Vorsitzender des Stadtrates**, gibt die Bitte der DVV zur Kenntnis, zu den Sitzungen des Stadtrates, den offiziellen Parkplatz auf der gegenüberliegenden Straßenseite zu benutzen.

**Herr Hans-Peter Dreibrodt, Freie Fraktion Dessau-Roßlau**, merkt an, da der Oberbürgermeister die Beschlussvorlage „Änderung der Nutzungsvereinbarung für das Mitteldeutsche Theater in der Marienkirche“ von der Tagesordnung genommen hat, ist eine inhaltliche Debatte und eine Beschlussfassung in der heutigen Sitzung kein Thema. Zu den äußeren Umständen dieser Vertagung ist jedoch eine öffentliche Kommentierung erlaubt und dringend geboten. Was den Stadträtinnen und Stadträten im Vorfeld zugemutet wurde, kann nicht akzeptiert werden. Eine Sitzung des Ausschusses für Kultur und Sport, deren Termin, Uhrzeit und Tagesordnung eigens für die Vertragsverlängerung des Mitteldeutschen Theaters samt feierlicher Unterzeichnung inszeniert war, schrumpfte auf ein lächerliches Restprogramm, weil lange angeforderte Unterlagen von Herrn Hallervorden einfach nicht geliefert wurden. Das ist auch einer der Gründe für die heutige Absetzung. Auch wenn Herr Hallervorden geliefert hätte, wäre der Tagesordnungspunkt heute nicht behandelt worden, weil Fristen versäumt wurden und kein einziger beschließender Ausschuss die Beschlussvorlage vorberaten hat. Wie die Verwaltung weiß, verlangt das das Kommunalverfassungsgesetz Sachsen-Anhalt im § 48 Abs. 3. Hinzu kommen Unregelmäßigkeiten bei den Sitzungsunterlagen im Ratsinformationssystem nach Ablauf der Ladefristen. Die Krönung ist, dass die Stellungnahme des Rechtsamtes, das die Mitzeichnung der Beschlussvorlage aus mehreren Gründen ablehnt, bis gestern im SessionNet stand, ab heute aber verschwunden ist. Leider hat das offensichtliche Versagen der Verwaltung und des Vorsitzenden des Ausschusses für Kultur und Sport einen vermeidbaren Imageschaden für unsere Stadt angerichtet.

Die Freie Fraktion Dessau-Roßlau bittet deshalb darum, im nächsten Anlauf in dieser Sache kommunalrechtlich sauber zu arbeiten, die Beschlussvorlage im Ausschuss für Finanzen, Digitalisierung und moderne Verwaltung und im Haupt- und Personalausschuss ordentlich vorzubereiten und dieses Thema nicht hinter den Kulissen, sondern in den öffentlichen Sitzungsteilen zu behandeln. Die Bemühungen verantwortungsbewusster Stadträte, um eine demokratische und vor allem rechtskonforme Entscheidung, ist eben keine armselige Provinzposse, wie unser Ehrenbürger Dieter Hallervorden behauptet. Mehr Diffamierung geht nicht.

**Herr Fricke, Fraktion SPD**, bemerkt zum Nutzungsvertrag mit dem Mitteldeutschen Theater, dass mit der Tagesordnung der Sitzung des Ausschusses für Kultur und Sport eine Vorlage angekündigt war, die im Ratsinformationssystem nicht hinterlegt wurde. Es kam dann zur Absage. Die Vorlage wurde auch in keinem beschließenden Ausschuss vorberaten. Da in der Sitzung der Vertrag unterschrieben werden sollte, hat er daraus geschlussfolgert, dass eine Entscheidung schon getroffen war oder an dem Tag getroffen werden sollte. Deshalb hat er den Oberbürgermeister gefragt, warum er zuständig ist. Die Antwort war, weil es sich um einen Mietvertrag handelt, was ihm laut Hauptsatzung übertragen ist. Das scheint nun anders zu sein, weil jetzt die Beschlussvorlage auf der Tagesordnung des Stadtrates steht. Diese Inszenierung, eine Beschlussvorlage in den Ausschuss einzubringen, über die abgestimmt werden soll, obwohl schon feststeht, dass Unterschrieben wird, ohne abzuwarten, was der Ausschuss beschließt, hält er für eine große Respektlosigkeit gegenüber dem Ausschuss und damit gegenüber allen Stadträten.

Genauso sieht er das mit der Verletzung zahlreicher Verfahrensvorschriften, die ihren Sinn haben und dazu dienen, dass der Stadtrat seine Rechte in angemessener Form wahrnehmen kann und in die Lage versetzt wird, die Verwaltung zu kontrollieren. Er stellt klar, dass dem entstandenen schlechte Eindruck, ein Leserbriefschreiber hat heute in der MZ den Stadtrat für verrückt erklärt, entschieden entgegengetreten wird, denn diese Sache hat mit dem Stadtrat nichts zu tun, sondern das haben der Oberbürgermeister und der Vorsitzende des Ausschusses für Kultur und Sport zu verantworten. Mit Demokratie hat das wenig zu tun, mit Transparenz überhaupt nichts.

**Herr Hartmann, Fraktion SPD**, erinnert an die im letzten Jahr geführten Diskussionen zur Zukunftsreise. Dazu haben am Jahresende alle eine Broschüre erhalten. Die Fraktionen sollten ihre Stellungnahmen dazu abgeben und Prioritäten setzen. Er fragt nach dem Sachstand und was zukünftig zu erwarten ist.

**Herr Oberbürgermeister Dr. Reck** entgegnet, dass das Zukunftspapier verschiedene Ideen vorgibt, die zum Teil in die laufenden Haushaltsplanungen eingehen. Der Ausschuss für Bürgeranliegen, öffentliche Sicherheit und Umwelt könnte gut geeignet sein, das im Auge zu behalten. Er nimmt die Anregung mit, damit das Thema verstärkt betrieben wird.

**Herr Berghäuser, Fraktion Die Linke**, geht auf den schlechten Zustand der Litfaßsäulen ein, an denen sich die Papiere lösen und dann verstreut in sämtlichen Ecken der Stadt liegen. Er bittet die Verantwortlichen der Verwaltung darum, die Betreiber zu kontaktieren, um diesen schlechten Zustand zu beseitigen.

**Herr Oberbürgermeister Dr. Reck** sagt eine schriftliche Beantwortung zu und erklärt, dass er Herrn Horváth als Beigeordneten für Bürgerdienste, Umwelt und Sicherheit, gebeten hat, sich auch dem Thema Zigarettenkippen, Kaugummis und Hundehaufen stärker zu widmen.

Er weist die an ihn gerichtete Kritik von Herrn Ortsbürgermeister Jacob-Uwe Weber zurück, erklärt **Herr Mrosek, Fraktion AfD**. Es hat mehrere Berichterstattungen im Amtsblatt zu den katastrophalen Straßenzuständen, zum Grabensystem und zum fehlenden Katastrophenschutz in Mosigkau gegeben und ebenso im „Mosigkauer Boten“, der vom Ortschaftsrat herausgegeben wird. Auch in den Stadtratssitzungen wurden die Straßenverhältnisse angesprochen. Des Weiteren kann Frau Bürgermeisterin Lohde bestätigen, dass er sich oft nach dem Bau- und Entwicklungsstand, gerade zur Mühlenstraße, erkundigt hat.

**Herr Schönemann, Fraktion Die Linke**, geht von einem ungerechtfertigten Angriff auf seine Person aus und weist die an ihn gerichteten Unterstellungen mit Nachdruck zurück. Es muss die Möglichkeit geben, die Fakten aneinander zu reihen, ohne dass ungerechtfertigte Dinge unterstellt werden. Das Vorhaben Mitteldeutsches Theater erfreut sich uneingeschränkter Beliebtheit in der Stadt. Das Interesse des Mitteldeutschen Theaters und der Verwaltung war im ersten Ansatz, die guten Erfahrungen des ersten Jahres zu nutzen, um die weiteren zwei Jahre konstruktiv zusammenzuarbeiten. Aus der Diskussion heraus hat sich im Nachgang herausgestellt, dass das nicht so einfach ist. Abzuklären ist, ob das eine Frage der Interpretation oder der rechtlichen Verbindlichkeit ist. Wenn Einzelpersonen, wie Herr Dreibrodt und Herr Fricke, sich als missverständliche Stadträte präsentieren, tut das der Stadt nicht gut. Es hilft niemandem, mit Dingen, die keinen objektiven Charakter besitzen, sondern von geringschätzender Art sind, zu agieren. Es geht darum, das Projekt Mitteldeutsches Theater in eine nächste Spielzeit zu führen, wozu der Ausschuss für Kultur und Sport sowie der Stadtrat gefragt sind. Nach der Feststellung, dass es besser ist, noch mehr Leute mitzunehmen, wird es eine ordentlich vorbereitete Beschlussvorlage geben, die in den entsprechenden Fachausschüssen vorberaten und im Juni 2023 einer Beschlussfassung im Stadtrat zugewiesen wird. Die Komponente, dass Herr Hallervorden nicht geliefert hat, ist in der Sache unrichtig. Es gab im Rahmen der Vorgespräche eine Verständigung, wonach Fakten erfasst wurden, die es abzuklären galt und die dazu geführt haben, dass die Beschlussvorlag inhaltlich nicht schlüssig erschien und damit im Finale weder im Fachausschuss noch im Stadtrat hätte behandelt werden können. Bevor es zu Fehlentscheidungen kommt, ist es besser, das rechtzeitig zurückzunehmen. Dass sich Herr Hallervorden zu diesem Thema geäußert hat, ist nicht richtig, denn, so wie der Prozess gelaufen ist, wäre es zu einem vertrauensvollen Miteinander von Ausschuss, Stadtrat und dem Mitteldeutschen Theater gekommen, was sicherlich noch passieren wird. An dieser Stelle kann er den

Oberbürgermeister in Schutz nehmen, da keinerlei Spielraum bestand, anders zu handeln, weshalb heute auch die Beschlussvorlage zurückgezogen wurde.

Der Prozess und der Inhalt zum Thema Mitteldeutsches Theater sind getrennt zu betrachten, führt **Herr Fackiner, Fraktion Die Grünen, FDP, Neues Forum-Bürgerliste**, aus. Inhaltlich wird es sicherlich eine Lösung geben. Er kritisiert die fehlende Kommunikation und dass auch der Inhalt der Beschlussvorlage vielen Stadträten erst bekannt geworden ist, nachdem es schon Stadtgespräch war. Im Januar wurde er gebeten, an einer Sitzung des Ausschusses für Kultur und Sport teilzunehmen. Um welches Problem es sich handelt, hat er erst Monate später in Vorbereitung der Sitzung des Ausschusses für Kultur und Sport am 17.04.2023 erfahren. Der Inhalt der Beschlussvorlage lag im Groben seit Dezember vor und hätte danach in der Sitzung des Haupt- und Personalausschusses oder in der interfraktionellen Runde kommuniziert werden müssen, denn dann wären die Stadträte informiert gewesen, bevor es in der Öffentlichkeit publik wurde. Als 5 Tage vor dem 17.04.2023 die Beschlussvorlage einsehbar war, tat ihm Herr Hallervorden fast leid, denn es geht nicht um eine Subventionierung, sondern die Stadt hätte mit der Vertragsunterzeichnung mehr Geld in der Kasse. Es wurde diskutiert, dass die intensive Nutzung der Marienkirche Probleme aufweist, aber auf der anderen Seite entstehen auch positive Effekte. Umso kritischer ist es, dass durch mangelnde Information und Kommunikation dieser falsche Eindruck entstanden ist, was nicht am Stadtrat lag, da dieser nicht wusste, worum es geht.

Dass die Mehrheit in der Stadt hinter dieser Sache steht, kann er nicht teilen. Dreiviertel sind empört, dass es eine Förderung für ein zweites Theater geben soll und das andere Viertel ist der Meinung, dass hier „Murks“ gemacht wird. Diese negative Außenwirkung hätte nicht sein müssen, weshalb er den geführten Prozess kritisiert und ablehnt. Die bestehende Nutzungsverordnung für die Marienkirche hätte geändert werden können, indem ein Mengenrabatt aufgenommen wird. Das wäre offen, transparent und für alle eine machbare Änderung gewesen. Dieser Weg steht immer noch offen. Es ist dringend nötig, aus dieser Desinformation herauszukommen. Er versteht nicht, warum für die Änderung einer Nutzungsvereinbarung die wirtschaftliche Lage offen gelegt werden soll. Er schlägt vor, einen konstruktiven Weg zu wählen und das in der Kommunikation offen nach außen zu vertreten. Dann kann auch die Stadtgesellschaft mitgenommen werden, denn die Sorge, dass damit das Anhaltische Theater gefährdet wird, ist berechtigt.

**Herr Schönemann, Fraktion Die Linke**, bemerkt, dass die Ausführungen von Herrn Fackiner nicht der Sachlage entsprechen. Was er zum Schluss kundgetan hat, war der angedachte sachliche Inhalt, der aber im Abgleich mit dem Rechtsamt und den Fachbereichen infrage gestellt wurde. Deshalb wurde darauf verzichtet, das zu kommunizieren. Wenn die Vorlage ordentlich erarbeitet worden ist, soll sie in den entsprechenden Fachausschüssen beraten und in der Sache entschieden werden. Mit dem Anhaltischen Theater und seiner Leitung wurde gesprochen. Sie sehen in dem Mitteldeutschen Theater keine Konkurrenz. Die Konstellation, dass es zu dieser Art von Diskussionen gekommen ist, ist durchschaubar. In der Zeit, wo die Menschen

das Geld zusammenhalten müssen, werden sie sich überlegen, ob sie einmal oder zweimal ins Theater gehen und müssen am Ende entscheiden, welche Einrichtung sie besuchen. Was Herr Fackiner vom Januar erzählt hat, war nicht so, denn die Entscheidung, den 17.04.2023 in Erwägung zu ziehen, trat später in Kraft.

**Herr Weber, Fraktion Die Grünen, FDP, Neues Forum-Bürgerliste**, merkt an, dass die Mehrheit der Stadträtinnen und Stadträte die Zusammenarbeit mit dem Mitteldeutschen Theater fortsetzen will. Von Herrn Fricke ist die rechtliche Seite aufgezeigt worden. Er fügt an, soweit die Verwaltung von der normalen Möglichkeit, Miet- und Pachtverträge abschließen zu können, ausgeht, ist das bis zu einer bestimmten Höhe richtig. Die Verwaltung hat sich aber mit der vorgelegten Beschlussvorlage dazu entschieden, das Gremium mitzunehmen. Die Frage, ob Teile eines bisherigen Vertrages geändert werden können, wäre nach der Kommunalverfassung ein Verzicht. Der Stadtrat wäre anders zu fragen, da es ein nichtübertragbares Recht für den Stadtrat ist. Erst wird gesagt, dass die Verwaltung das alleine entscheiden kann, aber dann sollte er den Ausschuss für Finanzen, Digitalisierung und moderne Verwaltung einberufen, ohne zunächst den zu behandelnden Inhalt zu kennen. Er hatte dann darauf verwiesen, dass dieses Thema öffentlich zu verhandeln ist. Ob das ausschlaggebend war, den Ausschuss dann doch nicht einzuladen, entzieht sich seiner Kenntnis. Dieser beschließende Ausschuss hätte etwas tun können, was aber nicht gewollt war. Herr Schönemann hat zweimal das Wort „wir“ betont. Damit entsteht der Eindruck, dass Herr Schönemann als Vorsitzender des Ausschusses für Kultur und Sport zusammen mit dem Oberbürgermeister gemeint ist. Es stellt sich die Frage, wo der Unterschied zu den Stadträten ist. Nach dem Gesetz sind alle Stadträtinnen und Stadträte Mitglieder der Verwaltung, aber wenn das so betont wird, ist das eine kuriöse Aussage.

**Herr Fricke, Fraktion SPD**, wendet sich an Herrn Schönemann und erklärt, dass er hier über die Inhalte spricht, bedeutet lediglich, dass er sich vor einer Auseinandersetzung mit den begangenen Fehlern drückt. Wenn er sagt, das war so nicht in Ordnung, schwieriger als gedacht und anfechtbar und wurde deshalb nicht kommuniziert, wäre es konsequent gewesen, die Beschlussvorlage nicht in den Stadtrat einzubringen.

Weiterhin stellt **Herr Fricke, Fraktion SPD**, zur Regenbogenschule die Frage, ob absehbar ist, wann zum weiteren Vorgehen mit einer Beschlussvorlage der Verwaltung gerechnet werden kann. Zumindest die Standortentscheidung ist kurzfristig zu treffen. Auf die Tarifabschlüsse für den Öffentlichen Dienst eingehend, fragt er, ob die im Haushalt eingestellten Personalausgaben auskömmlich sein werden.

**Herr Oberbürgermeister Dr. Reck** geht auf die Frage zur Regenbogenschule ein und erklärt, dass eine Beschlussvorlage eingereicht wird. Jedoch kann er sich nicht auf die nächste Sitzung des Stadtrates festlegen, da das einer gründlichen Formulierung bedarf. Bevor ein Grundsatzbeschluss gefasst werden kann, muss die Frage der Finanzierung in der Verwaltung vorbereitet und mit dem Ausschuss für Finanzen, Digitalisierung und moderne Verwaltung sowie mit dem Finanzdezernat besprochen

werden. Gleichzeitig muss auch das Sozialdezernat schauen, wo die Gelder herkommen. Gleichwohl ist es eine dringend notwendige Maßnahme.

Auf die Frage der Personalaufwendungen eingehend, verweist **Herr Oberbürgermeister Dr. Reck** darauf, dass seitens der Kämmerei immer eine Dynamisierung im Haushalt eingeplant wird. Ob das auskömmlich ist, vermag er nicht zu sagen.

**Herr Ulbrich, Beigeordneter für Finanzen, Digitalisierung und moderne Verwaltung**, erhält das Wort und führt aus, dass im Haushalt rund 76 Mio. Euro für Personalaufwendungen eingepreist sind. Wie hoch die konkrete Steigerung ist, kann er nicht sagen. Er bittet Herrn Beigeordneten Horvát um Ausführungen.

**Herr Horváth, Beigeordneter für Bürgerdienste, Umwelt und Sicherheit**, bemerkt, dass die Mitarbeiterzahl bekannt ist. Zum Tarifergebnis führen die Gewerkschaften noch eine Mitgliederbefragung durch. Am 15. Mai 2023 entscheidet abschließend die Bundestarifkommission. Er geht davon aus, dass die entsprechenden Mittel im Haushalt eingestellt sind und dass es keine Probleme geben wird.

Für dieses Jahr werden bereits 3 Mio. Euro aufgrund des Tarifabschlusses benötigt, erklärt **Herr Weber, Fraktion Die Grünen, FDP, Neues Forum-Bürgerliste**. Die Regenbogenschule wurde im letzten Ausschuss für Finanzen, Digitalisierung und moderne Verwaltung thematisiert. Es gibt eine ganze Menge von vorgesehenen Ausgaben, die noch nicht im Haushalt enthalten sind und sich schon auf 122 Mio. Euro summiert haben. Dann wurde noch die BUGA aufgezählt mit 60 Mio. Euro und Herr Kuras hat auch schon die Summe von 40 Mio. Euro benannt. Er hat die Mitglieder des Ausschusses auf die bevorstehende schwierige Situation geschworen. Die Regenbogenschule muss aber gebaut werden, weshalb die 40 Mio. €, auf die Jahre gerechnet, einzuplanen sind, bis dann eventuell noch von woanders Geld fließt.

**Frau Hachmann, Beigeordnete für Soziales, Bildung, Jugend und Senioren**, stimmt den Ausführungen von Herrn Weber zu und verweist auf die kommunale Pflichtaufgabe. Die Kinder und Eltern warten auf die Entscheidung. Das Geld hat die Stadt zwar momentan nicht, aber es muss mit Unterstützung vom Land oder Bund gefunden werden. Deshalb wird eine Standortentscheidung benötigt.

**Herr Adamek, Fraktion CDU**, richtet sich an Frau Hachmann und legt dar, dass zwischen Pflicht und Kür unterschieden und dann abzuwägen ist, zwischen Pro und Kontra. An den Vorsitzenden des Ausschusses für Finanzen, Digitalisierung und moderne Verwaltung gewandt, berichtet er, dass 2,5 Mio. Euro für Personalkosten benötigt werden. Weiterhin verweist er darauf, dass die Tariferhöhungen auch die Eigenbetriebe betreffen.

Aufgrund von Ampelausfällen stellt **Herr Adamek, Fraktion CDU**, die Frage, wie aktiv der Verkehrsleitreechner noch arbeitet. Das sollte in der nächsten Sitzung des Ausschusses für Stadtentwicklung, Bauen, Stadtgrün und Mobilität thematisiert wer-

den. Da aus der Jägerschaft bekannt wurde, dass es immer mehr Wildunfälle gibt, sollte auch das Thema im Ausschuss behandelt und aufgearbeitet werden, wie sich das in den letzten drei Jahren entwickelt hat. Es gab in der Stadt eine Wildwarnanlage, die vom Land eingebaut und dann rückgebaut wurde, weil es nur eine Teststrecke war. Da das aber gut funktioniert hat, sollten mit dem Land noch einmal Gespräche geführt werden. Abschließend bemerkt Herr Adamek, dass die von Herrn Hallervorden beschriebene Provinzposse hier geliefert wurde.

**Herr Kaßner, Fraktion Die Grünen, FDP, Neues Forum-Bürgerliste**, spricht Frau Bürgermeisterin Lohde und dem Tiefbauamt seinen Dank für die offene Kommunikation bei dem heutigen Vor-Ort-Termin mit dem Stadtbezirksbeirat Ziebigk/Siedlung in der Elballee aus, bei dem das Thema Fußwege endlich zum Abschluss gebracht werden konnte. Diese Kommunikation hat er vom Oberbürgermeister zum Mitteldeutschen Theater vermisst.

**Herr Puttkammer, Fraktion CDU**, geht auf die letzte Sitzung des Ausschusses für Gesundheit, Bildung und Soziales ein, in dem es zwischen Herrn Kaßner und ihm zu einem Disput kam. Gemeinsam mit den Mitgliedern des Ausschusses für Stadtentwicklung, Bauen, Stadtgrün und Mobilität fand eine Vor-Ort-Besichtigung in der Regenbogenschule statt. Hier hat Herr Kaßner als einziger eine Schadstoffreizung wahrgenommen, was im Ausschuss von ihm, Herrn Puttkammer, etwas klein geredet wurde. Jedoch wurde veranlasst, dass eine Untersuchung stattfinden wird. Die Luft wird also überprüft. Wenn tatsächlich eine Kontaminierung vorliegen sollte, muss schnell reagiert werden. Er hat darauf gedrängt, möglichst schnell die Standortanalyse abzuschließen, um möglichst in der heutigen Sitzung bereits die Planung für die Regenbogenschule in Angriff nehmen können. Das hat sich aufgrund der Summe und der Nichtfinanzierbarkeit etwas gewandelt. So kann er nachvollziehen, dass das noch einmal überprüft wird. Wenn mit dem Bau begonnen wird, muss in einer anderen Größenordnung gedacht und bei einer Summe von über 40 Mio. Euro andere Aspekte berücksichtigt werden. Die Zeit drängt, weil zwei Klassen zurzeit in Zerbst untergebracht sind. Die Zerbster haben selber Bedarfe und wollen die Kinder abgeben. D. h., das Zentrum sollte in einer Größenordnung gebaut werden, die die nächsten Jahrzehnte den Bedürfnissen standhält, was eine enorme finanzielle und inhaltliche Anstrengung sein wird.

**Herr Kaßner, Fraktion Die Grünen, FDP, Neues Forum-Bürgerliste**, erwidert, dass er Umweltschutz studiert und beruflich viel mit Chemikalien, Schadstoffen und organischen Belastungen zu tun hat. Er hat ein gutes Gefühl für Gerüche, die da sind, wo sie nicht hingehören. Darüber hinaus war er nicht der einzige, der das gerochen hat. Selbst Herr Kuras konnte diesen Geruch feststellen, ebenso auch ein Teil der anderen Ausschussmitglieder. Deshalb ist die Luftschadstoffmessung extrem wichtig, insbesondere weil eine Verantwortung gegenüber den Schülerinnen und Schülern und für die Leute, die dort arbeiten, besteht. Es ist nicht auszuschließen, dass dieser Geruch anhand von Reinigungsmitteln entsteht. Eine Grundbelastung muss aber ausgeschlossen werden. Wenn festgestellt wird, dass die Schule ein Problem hat, muss das gelöst und kann nicht ignoriert werden.

**Herr Adamek, Fraktion CDU**, bezieht sich auf den nach wie vor geschlossenen Jugendklub in Kochstedt und stellt die Frage, wann dieser geöffnet wird.

**Herr Deckert, Leiter des Jugendamtes**, erhält das Rederecht und führt aus, dass nach mehrmaligen erfolglosen Ausschreibungen eine Mitarbeiterin gefunden wurde, die seit dem 01.04.2023 Bestandteil des Teams im Jugendklub Zoberberg ist. Leider ist es so, dass alle Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter des Jugendklubs Zoberberg nicht im Dienst sind und die Kollegin deshalb nicht eingearbeitet werden kann. Die Mitarbeiterin wird momentan im Jugendklub Zoberberg eingesetzt. Ab dem 05. Mai 2023 wird sie dann im Jugendklub Zoberberg/Außenstelle Kochstedt agieren. Die Öffnungszeiten werden somit Stück für Stück erweitert.

**Herr Jacob-Uwe Weber, Ortsbürgermeister Mosigkau**, bezieht sich auf den schlechten Zustand der Straßen in der Ortschaft Mosigkau. Er legt dar, dass am 02.04.2023 zwischen 06:00 Uhr und 07:00 Uhr ein Rettungswagen des Deutschen Roten Kreuzes von einem Weg in Mosigkau durch den Einsatz der Berufsfeuerwehr freigeschleppt werden musste. Er bedankt sich dafür, dass durch den schnellen Einsatz der Berufsfeuerwehr die betroffene Person rechtzeitig das Städtische Klinikum erreicht hat. In der Ortschaft Mosigkau können vermehrt Menschen mit Verletzungen nicht ordnungsgemäß über den Weg abtransportiert werden. Die Bürgerschaft fragt sich ernsthaft, wenn jedes Jahr mit den gleichen untauglichen Mitteln der Straßenprofilierung versucht wird, Löcher zu stopfen, die 14 Tage später größer als vorher wieder auftreten, ob das ein ernsthafter Zustand ist. Die Mosigkauer fragen, ob sich die Stadt, die nicht in der Lage ist, 13.000 laufende Meter Dorfstraße zu erneuern, das Projekt BUGA zutraut.

Sicherheit und Ordnung sind ein Recht der Bürger. Auch die Stadträtinnen und Stadträte haben mit dem Amtseid zum Wohl der Bürgerschaft geschworen. Deshalb bitte er darum, keine Haushalte zu beschließen, deren Abfluss an Mitteln nicht sichergestellt ist. Letztes Jahr wurden für den Haushaltsposten Straßenunterhalt 375 T€ nicht ausgegeben. Das KVG des Landes Sachsen-Anhalt erlaubt im § 84 Abs. 3 Nummer 3 durchaus, dass ortsübliche Straßen durch die Ortschaftsräte selbst bewirtschaftet werden können, was sich der Ortschaftsrat Mosigkau zutraut. Er fordert die Stadträtinnen und Stadträte auf, dazu erfolgt noch eine Einladung, sich gemeinsam mit der Bürgerschaft am 02.05.2023, 16:30 Uhr, vor Ort von dem schlechten Zustand der Straßen zu überzeugen. Zugesichert werden sollte, dass gehbehinderte Menschen hochbetagter Bevölkerung, denen nicht einmal ein Einzelhandelsstandort zugestanden wird, diese Straßen, auch bei schlechtem Wetter, betreten können. Abschließend bittet er Herrn Mrosek, sich nicht im nächsten Amtsblatt wieder zu empören, da er in Mosigkau wohnt und diesen Zustand seit Jahren nicht thematisiert hat.

**Herr Rumpf, Vorsitzender des Stadtrates**, gibt die Bitte der DVV zur Kenntnis, zu den Sitzungen des Stadtrates, den offiziellen Parkplatz auf der gegenüberliegenden Straßenseite zu benutzen.

**Herr Hans-Peter Dreibrodt, Freie Fraktion Dessau-Roßlau**, merkt an, da der Oberbürgermeister die Beschlussvorlage „Änderung der Nutzungsvereinbarung für das Mitteldeutsche Theater in der Marienkirche“ von der Tagesordnung genommen hat, ist eine inhaltliche Debatte und eine Beschlussfassung in der heutigen Sitzung kein Thema. Zu den äußeren Umständen dieser Vertagung ist jedoch eine öffentliche Kommentierung erlaubt und dringend geboten. Was den Stadträtinnen und Stadträten im Vorfeld zugemutet wurde, kann nicht akzeptiert werden. Eine Sitzung des Ausschusses für Kultur und Sport, deren Termin, Uhrzeit und Tagesordnung eigens für die Vertragsverlängerung des Mitteldeutschen Theaters samt feierlicher Unterzeichnung inszeniert war, schrumpfte auf ein lächerliches Restprogramm, weil lange angeforderte Unterlagen von Herrn Hallervorden einfach nicht geliefert wurden. Das ist auch einer der Gründe für die heutige Absetzung. Auch wenn Herr Hallervorden geliefert hätte, wäre der Tagesordnungspunkt heute nicht behandelt worden, weil Fristen versäumt wurden und kein beschließender Ausschuss die Beschlussvorlage vorberaten hat, was das Kommunalverfassungsgesetz Sachsen-Anhalt im § 48 Abs. 3 verlangt. Hinzu kommen Unregelmäßigkeiten bei den Sitzungsunterlagen im Ratsinformationssystem nach Ablauf der Ladefristen.

Die Krönung ist, dass die Stellungnahme des Rechtsamtes, das die Mitzeichnung der Beschlussvorlage aus mehreren Gründen ablehnt, bis gestern im SessionNet stand, ab heute aber verschwunden ist. Leider hat das offensichtliche Versagen der Verwaltung und des Vorsitzenden des Ausschusses für Kultur und Sport einen vermeidbaren Imageschaden für unsere Stadt angerichtet.

Die Freie Fraktion Dessau-Roßlau bittet deshalb darum, im nächsten Anlauf in dieser Sache kommunalrechtlich sauber zu arbeiten, die Beschlussvorlage im Ausschuss für Finanzen, Digitalisierung und moderne Verwaltung und im Haupt- und Personalausschuss ordentlich vorzubereiten und dieses Thema nicht hinter den Kulissen, sondern in den öffentlichen Sitzungsteilen zu behandeln. Die Bemühungen verantwortungsbewusster Stadträte, um eine demokratische und vor allem rechtskonforme Entscheidung, ist eben keine armselige Provinzposse, wie unser Ehrenbürger Dieter Hallervorden behauptet. Mehr Diffamierung geht nicht.

**Herr Fricke, Fraktion SPD**, bemerkt zum Nutzungsvertrag mit dem Mitteldeutschen Theater, dass mit der Tagesordnung der Sitzung des Ausschusses für Kultur und Sport eine Vorlage angekündigt war, die im Ratsinformationssystem nicht hinterlegt wurde. Es kam dann zur Absage. Die Vorlage wurde auch in keinem beschließenden Ausschuss vorberaten. Da in der Sitzung der Vertrag unterschrieben werden sollte, hat er daraus geschlussfolgert, dass eine Entscheidung schon getroffen war oder an dem Tag getroffen werden sollte. Deshalb hat er den Oberbürgermeister gefragt, warum er zuständig ist. Die Antwort war, weil es sich um einen Mietvertrag handelt, was ihm laut Hauptsatzung übertragen ist. Das scheint nun anders zu sein, weil jetzt die Beschlussvorlage auf der Tagesordnung des Stadtrates steht. Diese Inszenierung, eine Beschlussvorlage in den Ausschuss einzubringen, über die abgestimmt werden soll, obwohl schon feststeht, dass Unterschrieben wird, ohne abzuwarten, was der

---

Ausschuss beschließt, hält er für eine große Respektlosigkeit gegenüber dem Ausschuss und damit gegenüber allen Stadträten.

Genauso sieht er das mit der Verletzung zahlreicher Verfahrensvorschriften, die ihren Sinn haben und dazu dienen, dass der Stadtrat seine Rechte in angemessener Form wahrnehmen kann und in die Lage versetzt wird, die Verwaltung zu kontrollieren. Er stellt klar, dass dem entstandenen schlechte Eindruck, ein Leserbriefschreiber hat heute in der MZ den Stadtrat für verrückt erklärt, entschieden entgegengetreten wird, denn diese Sache hat mit dem Stadtrat nichts zu tun, sondern das haben der Oberbürgermeister und der Vorsitzende des Ausschusses für Kultur und Sport zu verantworten. Mit Demokratie hat das wenig zu tun, mit Transparenz überhaupt nichts.

**Herr Hartmann, Fraktion SPD**, erinnert an die im letzten Jahr geführten Diskussionen zur Zukunftsreise. Dazu haben am Jahresende alle eine Broschüre erhalten. Die Fraktionen sollten ihre Stellungnahmen dazu abgeben und Prioritäten setzen. Er fragt nach dem Sachstand und was zukünftig zu erwarten ist.

**Herr Oberbürgermeister Dr. Reck** entgegnet, dass das Zukunftspapier verschiedene Ideen vorgibt, die zum Teil in die laufenden Haushaltsplanungen eingehen. Der Ausschuss für Bürgeranliegen, öffentliche Sicherheit und Umwelt könnte gut geeignet sein, das im Auge zu behalten. Er nimmt die Anregung mit, damit das Thema verstärkt betrieben wird.

**Herr Berghäuser, Fraktion Die Linke**, geht auf den schlechten Zustand der Litfaßsäulen ein, an denen sich die Papiere lösen und dann verstreut in sämtlichen Ecken der Stadt liegen. Er bittet die Verantwortlichen der Verwaltung darum, die Betreiber zu kontaktieren, um diesen schlechten Zustand zu beseitigen.

**Herr Oberbürgermeister Dr. Reck** sagt eine schriftliche Beantwortung zu und erklärt, dass er Herrn Horváth als Beigeordneten für Bürgerdienste, Umwelt und Sicherheit, gebeten hat, sich auch dem Thema Zigarettenkippen, Kaugummis und Hundehaufen stärker zu widmen.

Er weist die an ihn gerichtete Kritik von Herrn Ortsbürgermeister Jacob-Uwe Weber zurück, erklärt **Herr Mrosek, Fraktion AfD**. Es hat mehrere Berichterstattungen im Amtsblatt zu den katastrophalen Straßenzuständen, zum Grabensystem und zum fehlenden Katastrophenschutz in Mosigkau gegeben und ebenso im „Mosigkauer Boten“, der vom Ortschaftsrat herausgegeben wird. Auch in den Stadtratssitzungen wurden die Straßenverhältnisse angesprochen. Des Weiteren kann Frau Bürgermeisterin Lohde bestätigen, dass er sich oft nach dem Bau- und Entwicklungsstand, gerade zur Mühlenstraße, erkundigt hat.

**Herr Schönemann, Fraktion Die Linke**, geht von einem ungerechtfertigten Angriff auf seine Person aus und weist die an ihn gerichteten Unterstellungen mit Nachdruck zurück. Es muss die Möglichkeit geben, die Fakten aneinander zu reihen, ohne dass

ungerechtfertigte Dinge unterstellt werden. Das Vorhaben Mitteldeutsches Theater erfreut sich uneingeschränkter Beliebtheit in der Stadt. Das Interesse des Mitteldeutschen Theaters und der Verwaltung war im ersten Ansatz, die guten Erfahrungen des ersten Jahres zu nutzen, um die weiteren zwei Jahre konstruktiv zusammenzuarbeiten. Aus der Diskussion heraus hat sich im Nachgang herausgestellt, dass das nicht so einfach ist. Abzuklären ist, ob das eine Frage der Interpretation oder der rechtlichen Verbindlichkeit ist. Wenn Einzelpersonen, wie Herr Dreibrod und Herr Fricke, sich als missverstandene Stadträte präsentieren, tut das der Stadt nicht gut. Es hilft niemandem, mit Dingen, die keinen objektiven Charakter besitzen, sondern von geringschätzender Art sind, zu agieren. Es geht darum, das Projekt Mitteldeutsches Theater in eine nächste Spielzeit zu führen, wozu der Ausschuss für Kultur und Sport sowie der Stadtrat gefragt sind. Nach der Feststellung, dass es besser ist, noch mehr Leute mitzunehmen, wird es eine ordentlich vorbereitete Beschlussvorlage geben, die in den entsprechenden Fachausschüssen vorberaten und im Juni 2023 einer Beschlussfassung im Stadtrat zugewiesen wird. Die Komponente, dass Herr Hallervorden nicht geliefert hat, ist in der Sache unrichtig. Es gab im Rahmen der Vorgespräche eine Verständigung, wonach Fakten erfasst wurden, die es abzuklären galt und die dazu geführt haben, dass die Beschlussvorlage inhaltlich nicht schlüssig erschien und damit im Finale weder im Fachausschuss noch im Stadtrat hätte behandelt werden können. Bevor es zu Fehlentscheidungen kommt, ist es besser, das rechtzeitig zurückzunehmen. Dass sich Herr Hallervorden zu diesem Thema geäußert hat, ist nicht richtig, denn, so wie der Prozess gelaufen ist, wäre es zu einem vertrauensvollen Miteinander von Ausschuss, Stadtrat und dem Mitteldeutschen Theater gekommen, was sicherlich noch passieren wird. An dieser Stelle kann er den Oberbürgermeister in Schutz nehmen, da keinerlei Spielraum bestand, anders zu handeln, weshalb heute auch die Beschlussvorlage zurückgezogen wurde.

Der Prozess und der Inhalt zum Thema Mitteldeutsches Theater sind getrennt zu betrachten, führt **Herr Fackiner, Fraktion Die Grünen, FDP, Neues Forum-Bürgerliste**, aus. Inhaltlich wird es sicherlich eine Lösung geben. Er kritisiert die fehlende Kommunikation und dass auch der Inhalt der Beschlussvorlage vielen Stadträten erst bekannt geworden ist, nachdem es schon Stadtgespräch war. Im Januar wurde er gebeten, an einer Sitzung des Ausschusses für Kultur und Sport teilzunehmen. Um welches Problem es sich handelt, hat er erst Monate später in Vorbereitung der Sitzung des Ausschusses für Kultur und Sport am 17.04.2023 erfahren. Der Inhalt der Beschlussvorlage lag seit Dezember vor und hätte danach in der Sitzung des Haupt- und Personalausschusses oder in der interfraktionellen Runde kommuniziert werden müssen, denn dann wären die Stadträte informiert gewesen, bevor es in der Öffentlichkeit publik wurde. Als 5 Tage vor dem 17.04.2023 die Beschlussvorlage einsehbar war, tat ihm Herr Hallervorden fast leid, denn es geht nicht um eine Subventionierung, sondern die Stadt hätte mit der Vertragsunterzeichnung mehr Geld in der Kasse. Es wurde diskutiert, dass die intensive Nutzung der Marienkirche Probleme aufweist, aber auf der anderen Seite entstehen auch positive Effekte. Umso kritischer ist es, dass durch mangelnde Information und Kommunikation dieser falsche Eindruck entstanden ist, was nicht am Stadtrat lag, da dieser nicht wusste, worum es geht.

Dass die Mehrheit in der Stadt hinter dieser Sache steht, kann er nicht teilen. Drei-viertel sind empört, dass es eine Förderung für ein zweites Theater geben soll und das andere Viertel ist der Meinung, dass hier „Murks“ gemacht wird. Diese negative Außenwirkung hätte nicht sein müssen, weshalb er den geführten Prozess kritisiert und ablehnt. Die bestehende Nutzungsverordnung für die Marienkirche hätte geändert werden können, indem ein Mengenrabatt aufgenommen wird. Das wäre offen, transparent und für alle eine machbare Änderung gewesen. Dieser Weg steht immer noch offen. Es ist dringend nötig, aus dieser Desinformation herauszukommen. Er versteht nicht, warum für die Änderung einer Nutzungsvereinbarung die wirtschaftliche Lage offen gelegt werden soll. Er schlägt vor, einen konstruktiven Weg zu wählen und das in der Kommunikation offen nach außen zu vertreten. Dann kann auch die Stadtmarketinggesellschaft mitgenommen werden, denn die Sorge, dass damit das Anhaltische Theater gefährdet wird, ist berechtigt.

**Herr Schönemann, Fraktion Die Linke**, bemerkt, dass die Ausführungen von Herrn Fackiner nicht der Sachlage entsprechen. Was er zum Schluss kundgetan hat, war der angedachte sachliche Inhalt, der aber im Abgleich mit dem Rechtsamt und den Fachbereichen infrage gestellt wurde. Deshalb wurde darauf verzichtet, das zu kommunizieren. Wenn die Vorlage ordentlich erarbeitet worden ist, soll sie in den entsprechenden Fachausschüssen beraten und in der Sache entschieden werden. Mit dem Anhaltischen Theater und seiner Leitung wurde gesprochen. Sie sehen in dem Mitteldeutschen Theater keine Konkurrenz. Die Konstellation, dass es zu dieser Art von Diskussionen gekommen ist, ist durchschaubar. In der Zeit, wo die Menschen das Geld zusammenhalten müssen, werden sie sich überlegen, ob sie einmal oder zweimal ins Theater gehen und müssen am Ende entscheiden, welche Einrichtung sie besuchen. Was Herr Fackiner vom Januar erzählt hat, war nicht so, denn die Entscheidung, den 17.04.2023 in Erwägung zu ziehen, trat später in Kraft.

**Herr Weber, Fraktion Die Grünen, FDP, Neues Forum-Bürgerliste**, merkt an, dass die Mehrheit der Stadträtinnen und Stadträte die Zusammenarbeit mit dem Mitteldeutschen Theater fortsetzen will. Von Herrn Fricke ist die rechtliche Seite aufgezeigt worden. Er fügt an, soweit die Verwaltung von der normalen Möglichkeit, Miet- und Pachtverträge abschließen zu können, ausgeht, ist das bis zu einer bestimmten Höhe richtig. Die Verwaltung hat sich aber mit der vorgelegten Beschlussvorlage dazu entschieden, das Gremium mitzunehmen. Die Frage, ob Teile eines bisherigen Vertrages geändert werden können, wäre nach der Kommunalverfassung ein Verzicht. Der Stadtrat wäre anders zu fragen, da es ein nichtübertragbares Recht für den Stadtrat ist. Erst wird gesagt, dass die Verwaltung das alleine entscheiden kann, aber dann sollte er den Ausschuss für Finanzen, Digitalisierung und moderne Verwaltung einberufen, ohne zunächst den zu behandelnden Inhalt zu kennen. Er hatte dann darauf verwiesen, dass dieses Thema öffentlich zu verhandeln ist. Ob das ausschlaggebend war, den Ausschuss dann doch nicht einzuladen, entzieht sich seiner Kenntnis. Dieser beschließende Ausschuss hätte etwas tun können, was aber nicht gewollt war. Herr Schönemann hat zweimal das Wort „wir“ betont. Damit entsteht der Eindruck, dass Herr Schönemann als Vorsitzender des Ausschusses für Kultur und

Sport zusammen mit dem Oberbürgermeister gemeint ist. Es stellt sich die Frage, wo der Unterschied zu den Stadträten ist. Nach dem Gesetz sind alle Stadträtinnen und Stadträte Mitglieder der Verwaltung, aber wenn das so betont wird, ist das eine kuriöse Aussage.

**Herr Fricke, Fraktion SPD**, wendet sich an Herrn Schönemann und erklärt, dass er hier über die Inhalte spricht, bedeutet lediglich, dass er sich vor einer Auseinandersetzung mit den begangenen Fehlern drückt. Wenn er sagt, das war so nicht in Ordnung, schwieriger als gedacht, anfechtbar und wurde deshalb nicht kommuniziert, wäre es konsequent gewesen, die Beschlussvorlage nicht in den Stadtrat einzubringen.

Weiterhin stellt **Herr Fricke, Fraktion SPD**, zur Regenbogenschule die Frage, ob absehbar ist, wann zum weiteren Vorgehen mit einer Beschlussvorlage der Verwaltung gerechnet werden kann. Zumindest die Standortentscheidung ist kurzfristig zu treffen. Auf die Tarifabschlüsse für den Öffentlichen Dienst eingehend, fragt er, ob die im Haushalt eingestellten Personalausgaben auskömmlich sein werden.

**Herr Oberbürgermeister Dr. Reck** geht auf die Frage zur Regenbogenschule ein und erklärt, dass eine Beschlussvorlage eingereicht wird. Jedoch kann er sich nicht auf die nächste Sitzung des Stadtrates festlegen, da das einer gründlichen Formulierung bedarf. Bevor ein Grundsatzbeschluss gefasst werden kann, muss die Frage der Finanzierung in der Verwaltung vorbereitet und mit dem Ausschuss für Finanzen, Digitalisierung und moderne Verwaltung sowie mit dem Finanzdezernat besprochen werden. Gleichzeitig muss auch das Sozialdezernat schauen, wo die Gelder herkommen. Gleichwohl ist es eine dringend notwendige Maßnahme.

Auf die Frage der Personalaufwendungen eingehend, verweist **Herr Oberbürgermeister Dr. Reck** darauf, dass seitens der Kämmerei immer eine Dynamisierung im Haushalt eingeplant wird. Ob das auskömmlich ist, vermag er nicht zu sagen.

**Herr Ulbrich, Beigeordneter für Finanzen, Digitalisierung und moderne Verwaltung**, erhält das Wort und führt aus, dass im Haushalt rund 76 Mio. Euro für Personalaufwendungen eingepreist sind. Wie hoch die konkrete Steigerung ist, kann er nicht sagen. Er bittet Herrn Beigeordneten Horváth um Ausführungen.

**Herr Horváth, Beigeordneter für Bürgerdienste, Umwelt und Sicherheit**, bemerkt, dass die Mitarbeiterzahl bekannt ist. Zum Tarifergebnis führen die Gewerkschaften noch eine Mitgliederbefragung durch. Am 15. Mai 2023 entscheidet abschließend die Bundestarifkommission. Er geht davon aus, dass die entsprechenden Mittel im Haushalt eingestellt sind und dass es keine Probleme geben wird.

Für dieses Jahr werden bereits 3 Mio. Euro aufgrund des Tarifabschlusses benötigt, erklärt **Herr Weber, Fraktion Die Grünen, FDP, Neues Forum-Bürgerliste**. Die Regenbogenschule wurde im letzten Ausschuss für Finanzen, Digitalisierung und moderne Verwaltung thematisiert. Es gibt eine ganze Menge von vorgesehenen

Ausgaben, die noch nicht im Haushalt enthalten sind und sich schon auf 122 Mio. Euro summiert haben. Dann wurde noch die BUGA aufgezählt mit 60 Mio. Euro. Er hat die Mitglieder des Ausschusses auf die bevorstehende schwierige Situation eingeschworen. Die Regenbogenschule muss aber gebaut werden, weshalb die 40 Mio. €, auf die Jahre gerechnet, einzuplanen sind, bis dann eventuell noch von woanders Geld fließt.

**Frau Hachmann, Beigeordnete für Soziales, Bildung, Jugend und Senioren**, stimmt den Ausführungen von Herrn Weber zu und verweist auf die kommunale Pflichtaufgabe. Die Kinder und Eltern warten auf die Entscheidung. Das Geld hat die Stadt zwar momentan nicht, aber es muss mit Unterstützung vom Land oder Bund gefunden werden. Deshalb wird eine Standortentscheidung benötigt.

**Herr Adamek, Fraktion CDU**, richtet sich an Frau Hachmann und legt dar, dass zwischen Pflicht und Kür unterschieden und dann abzuwägen ist, zwischen Pro und Kontra. An den Vorsitzenden des Ausschusses für Finanzen, Digitalisierung und moderne Verwaltung gewandt, berichtet er, dass 2,5 Mio. Euro für Personalkosten benötigt werden. Weiterhin verweist er darauf, dass die Tariferhöhungen auch die Eigenbetriebe betreffen.

Aufgrund von Ampelausfällen stellt **Herr Adamek, Fraktion CDU**, die Frage, wie aktiv der Verkehrsleitreechner noch arbeitet. Das sollte in der nächsten Sitzung des Ausschusses für Stadtentwicklung, Bauen, Stadtgrün und Mobilität thematisiert werden. Da aus der Jägerschaft bekannt wurde, dass es immer mehr Wildunfälle gibt, sollte auch das Thema im Ausschuss behandelt und aufgearbeitet werden, wie sich das in den letzten drei Jahren entwickelt hat. Es gab in der Stadt eine Wildwarnanlage, die vom Land eingebaut und dann rückgebaut wurde, weil es nur eine Teststrecke war. Da das aber gut funktioniert hat, sollten mit dem Land noch einmal Gespräche geführt werden. Abschließend bemerkt Herr Adamek, dass die von Herrn Hallervorden beschriebene Provinzposse hier geliefert wurde.

**Herr Kaßner, Fraktion Die Grünen, FDP, Neues Forum-Bürgerliste**, spricht Frau Bürgermeisterin Lohde und dem Tiefbauamt seinen Dank für die offene Kommunikation bei dem heutigen Vor-Ort-Termin mit dem Stadtbezirksbeirat Ziebigk/Siedlung in der Elballee aus, bei dem das Thema Fußwege endlich zum Abschluss gebracht werden konnten. Diese Kommunikation hat er vom Oberbürgermeister zum Mitteldeutschen Theater vermisst.

**Herr Puttkammer, Fraktion CDU**, geht auf die letzte Sitzung des Ausschusses für Gesundheit, Bildung und Soziales ein, in dem es zwischen Herrn Kaßner und ihm zu einem Disput kam. Gemeinsam mit den Mitgliedern des Ausschusses für Stadtentwicklung, Bauen, Stadtgrün und Mobilität fand eine Vor-Ort-Besichtigung in der Regenbogenschule statt. Hier hat Herr Kaßner als einziger eine Schadstoffreizung wahrgenommen, was im Ausschuss von ihm, Herrn Puttkammer, etwas klein geredet wurde. Jedoch wurde veranlasst, dass eine Untersuchung stattfinden wird. Die Luft wird also überprüft. Wenn tatsächlich eine Kontaminierung vorliegen sollte, muss

schnell reagiert werden. Er hat darauf gedrängt, möglichst schnell die Standortanalyse abzuschließen, um möglichst in der heutigen Sitzung bereits die Planung für die Regenbogenschule in Angriff nehmen können. Das hat sich aufgrund der Summe und der Nichtfinanzierbarkeit etwas gewandelt. So kann er nachvollziehen, dass das noch einmal überprüft wird. Wenn mit dem Bau begonnen wird, muss in einer anderen Größenordnung gedacht und bei einer Summe von über 40 Mio. Euro andere Aspekte berücksichtigt werden. Die Zeit drängt, weil zwei Klassen zurzeit in Zerbst untergebracht sind. Die Zerbster haben selber Bedarfe und wollen die Kinder abgeben. D. h., das Zentrum sollte in einer Größenordnung gebaut werden, das die Bedürfnisse der nächsten Jahrzehnte standhält, was eine enorme finanzielle und inhaltliche Anstrengung sein wird.

**Herr Kaßner, Fraktion Die Grünen, FDP, Neues Forum-Bürgerliste**, erwidert, dass er Umweltschutz studiert und auch beruflich viel mit Chemikalien, Schadstoffen und organischen Belastungen zu tun hat. Er hat ein gutes Gefühl für Gerüche, die da sind, wo sie nicht hingehören. Darüber hinaus war er nicht der Einzige, der das gerochen hat. Selbst Herr Kuras konnte diesen Geruch feststellen, ebenso auch ein Teil der anderen Ausschussmitglieder. Deshalb ist die Luftschadstoffmessung extrem wichtig, insbesondere weil eine Verantwortung gegenüber den Schülerinnen und Schülern und für die Leute, die dort arbeiten, besteht. Es ist nicht auszuschließen, dass dieser Geruch anhand von Reinigungsmitteln entsteht. Eine Grundbelastung muss aber ausgeschlossen werden. Wenn festgestellt wird, dass die Schule ein Problem hat, muss das gelöst und kann nicht ignoriert werden.

**Herr Adamek, Fraktion CDU**, bezieht sich auf den nach wie vor geschlossenen Jugendklub in Kochstedt und stellt die Frage, wann dieser geöffnet wird.

**Herr Deckert, Leiter des Jugendamtes**, erhält das Rederecht und führt aus, dass nach mehrmaligen erfolglosen Ausschreibungen eine Mitarbeiterin gefunden wurde, die seit dem 01.04.2023 Bestandteil des Teams im Jugendklub Zoberberg ist. Leider ist es so, dass alle Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter des Jugendklubs Zoberberg nicht im Dienst sind und die Kollegin deshalb nicht eingearbeitet werden kann. Die Mitarbeiterin wird momentan im Jugendklub Zoberberg eingesetzt. Ab dem 05. Mai 2023 wird sie dann im Jugendklub Zoberberg/Außenstelle Kochstedt agieren. Die Öffnungszeiten werden somit Stück für Stück erweitert.

Während der Behandlung des Tagesordnungspunktes erscheint Herr Dr. Hofmann, Fraktion CDU, zur Sitzung. (43)

---

**7            Beschlussfassungen**  
**7.1        Neubesetzung des Jugendhilfeausschusses**  
**Vorlage: FV/008/2023/V-StR**

**Herr Mrosek, Fraktion AfD**, ändert als Einreicher die Fraktionsvorlage dahingehend, dass nicht, wie eingereicht, Herr Lutz Büttner als stimmberechtigtes Mitglied zurücktritt und als stellvertretendes Mitglied gewählt werden soll, sondern Herr Olaf Paul.

Der **Vorsitzende des Stadtrates, Herr Rumpf**, verweist auf den Rücktritt von Herrn Chris Büchner als stellvertretendes Mitglied und von Herr Olaf Paul als stimmberechtigtes Mitglied. Er schlägt vor, das neu zu wählende Mitglied sowie das stellvertretende Mitglied des Jugendhilfeausschusses offen und in Einzelabstimmung zu wählen.

Seitens der Mitglieder des Stadtrates besteht kein Widerspruch zu dieser Verfahrensweise.

Herr Chris Büchner wird mit 40:00:03 als Mitglied in den Jugendhilfeausschuss gewählt.

Herr Olaf Paul wird mit 40:00:03 als stellvertretendes Mitglied in den Jugendhilfeausschuss gewählt.

**7.2        Wahl einer Schiedsperson für die Schiedsstelle I der Stadt Dessau-Roßlau**  
**Vorlage: BV/049/2023/I-07**

Der **Vorsitzende des Stadtrates, Herr Rumpf**, begrüßt Herrn Franz Schubert. Dem Vorschlag, die Wahl offen durchzuführen, wird seitens der Mitglieder des Stadtrates nicht widersprochen.

Herr Franz Schubert wird in offener Abstimmung einstimmig zum Vorsitzenden der Schiedsstelle I gewählt (43:00:00).

Herr Schubert nimmt die Wahl an.

**Beschluss:**

Der Stadtrat wählt für die Besetzung des Vorsitzenden der Schiedsstellen I der Stadt Dessau-Roßlau nach § 4 Abs. 1 Schiedsstellen- und Schlichtungsgesetz (SchStG) folgende Schiedsperson: Herrn Franz Schubert

### **7.3        Neuwahl eines Vertreters der Stadt Dessau-Roßlau für die Regionalversammlung der Regionalen Planungsgemeinschaft Anhalt-Bitterfeld-Wittenberg** **Vorlage: BV/026/2023/I-61**

Dem Vorschlag des **Vorsitzenden des Stadtrates, Herrn Rumpf**, die Wahl in offener Abstimmung durchzuführen, wird seitens der Mitglieder des Stadtrates nicht widersprochen.

Herr Rumpf, Fraktion CDU, wird in offener Abstimmung einstimmig als Vertreter der Stadt Dessau-Roßlau für die Regionalversammlung der Regionalen Planungsgemeinschaft Anhalt-Bitterfeld-Wittenberg gewählt (43:00:00).

#### **Beschluss:**

1. Der Stadtrat der Stadt Dessau-Roßlau entsendet den in der Anlage 2 genannten neuen Vertreter als Mitglied in die Regionalversammlung Anhalt-Bitterfeld-Wittenberg.
2. Die Geschäftsstelle der Regionalen Planungsgemeinschaft Anhalt-Bitterfeld-Wittenberg wird über den Beschluss informiert.

### **7.4        Neubesetzung des Ausschusses für Gesundheit, Bildung und Soziales** **Vorlage: BV/084/2023/I-OB**

#### **Beschluss:**

Auf Vorschlag der Fraktion Die Grünen, FDP, Neues Forum-Bürgerliste wird die Besetzung des Ausschusses für Gesundheit, Bildung und Soziales wie folgt geändert:

Herr Christoph Kaßner scheidet als stimmberechtigtes Mitglied aus. Neues stimmberechtigtes Mitglied wird Thomas Präger.

**Abstimmungsergebnis:** 43:00:00

## 7.5 **Museumskonzept Teil 1 (Zukunftsmodell) für das neue Museum Dessau-Roßlau** **Vorlage: BV/375/2022/I-41**

**Herr Oberbürgermeister Dr. Reck** bittet aufgrund des ihm vorliegenden Hinweises von Herrn Dreibrod, Freie Fraktion Dessau-Roßlau, darum, im Beschlusspunkt 3 das Wort „endgültig“ zu streichen.

**Frau Dr. Backhaus, Leiterin des Museums für Naturkunde und Vorgeschichte und des Museums für Stadtgeschichte**, wird das Rederecht erteilt.

**Frau Dr. Backhaus** begrüßt Frau Töpel, Geschäftsführerin des Museumsverbandes Sachsen-Anhalt und Herrn Professor Dr. Puhle, u. a. ehemaliger Beigeordneter für Kultur, Schule und Sport der Stadt Magdeburg und ehemaliger Leitender Direktor des Kulturhistorischen Museums Magdeburg.

Anschließend stellt sie die wesentlichen Punkte der Beschlussvorlage und die Zusammenfassung der Ergebnisse, die gemeinsam mit der Managementberatungsfirma Metrom erarbeitet wurden und Gegenstand der Anlage der Beschlussvorlage sind, anhand einer Power-Point-Präsentation vor.

**Frau Töpel** erhält das Rederecht und legt die Position des Museumsverbandes dar, der ausdrücklich begrüßt, dass sich die Stadt Dessau-Roßlau zu ihren städtischen Museen bekennt. Die Ausführungen sind der Niederschrift als Anlage 2 beigelegt.

**Herr Professor Puhle** erhält das Rederecht und führt u. a. aus, dass sich die Museen den neuen Gewohnheiten der Menschen anpassen müssen und verweist auf die Probleme, die ein Stadtmuseum mit sich bringt. Das integrierte Museumsmodell wird ein Museum sein, das es so in Sachsen-Anhalt noch nicht gibt, aber Modellcharakter für andere Museen im Land erlangen kann und deshalb gute Chancen für erhebliche Förderungen des Landes und des Bundes bietet. Ein Expertenkreis hat sich in einem Workshop einstimmig und mit großer Freude für das integrierte Museumsmodell für die Stadt ausgesprochen. (Die gesamten Ausführungen sind der Niederschrift als Anlage 1 beigelegt).

Im Anschluss wird in der Zeit von 18:00 Uhr bis 18:10 Uhr eine Pause durchgeführt.

Nach der Pause erscheint Frau Grabner, Fraktion Die Grünen, FDP, Neues Forum-Bürgerliste, zur Sitzung. (44)

Nach kurzer Diskussion wird die Beschlussvorlage mit der redaktionellen **Änderung, im Punkt 3 des Beschlusses das Wort „endgültig“ zu streichen**, zur Abstimmung gebracht.

## **Beschluss:**

1. Das Museumskonzept Teil 1 mit dem Titel „Zukunftsmodell für das neue Museum Dessau-Roßlau“ mit einem interdisziplinären Ansatz wird zustimmend zur Kenntnis genommen. Es ist Voraussetzung für alle weiteren Schritte auf dem Weg zum neuen Museum Dessau-Roßlau.
2. Auf dieser Grundlage ist für 2023 die Erarbeitung des Museumskonzeptes Teil 2 geplant. Es umfasst das Sammlungskonzept, Grobkonzept der Ausstellung, die Leitlinien der Vermittlung sowie ein Nutzungs- und Betriebskonzeptes für das neue Museum. Für diese Schritte (außer Sammlungskonzept) wurde beim Land Sachsen-Anhalt ein Antrag auf Förderung für 2023 gestellt. Die dafür erforderlichen Eigenmittel in Höhe von 58.500 € sind im Haushalt 2023 abgebildet.
3. Die Standortfrage bleibt offen.

**Abstimmungsergebnis:** 44:00:00

## **7.6            2. Änderung des Bebauungsplanes Nr. 212 "Klinik- und Gesundheitszentrum" (Bebauungsplan der Innentwicklung) – Abwägungs- und Satzungsbeschluss** **Vorlage: BV/055/2023/I-61**

## **Beschluss:**

1. Die zur 2. Änderung des Bebauungsplanes Nr. 212 "Klinik- und Gesundheitszentrum" vorgebrachten Stellungnahmen werden mit dem Ergebnis geprüft, sie in der Art und Weise zu berücksichtigen, wie es in den Abwägungsvorschlägen (Anlage 2) angegeben ist.
2. Die 2. Änderung des Bebauungsplanes Nr. 212 "Klinik- und Gesundheitszentrum" in der Fassung vom 21.12.2022 (Anlage 3) wird als Satzung beschlossen.
3. Die Begründung zur 2. Änderung des Bebauungsplanes Nr. 212 "Klinik- und Gesundheitszentrum" in der Fassung vom 21.12.2022 (Anlage 4) wird gebilligt.
4. Die Verwaltung wird beauftragt, den Abwägungs- und Satzungsbeschluss ortsüblich bekannt zu machen und die 2. Änderung damit in Kraft zu setzen.

**Abstimmungsergebnis:** 44:00:00

**7.7      **Maßnahmebeschluss "Erweiterung Jüdisches Gemeindezentrum mit Synagoge in Dessau" – Bereitstellung außerplanmäßiger Aufwendungen / Auszahlungen Mittel aus dem Förderprogramm "Sozialer Zusammenhalt" Programmjahr 2020****  
**Vorlage: BV/116/2023/I-61**

Auf Antrag von **Herrn Berghäuser, Fraktion Die Linke**, wird eine namentliche Abstimmung durchgeführt.

Das Ergebnis der namentlichen Abstimmung ist der Niederschrift als Anlage 3 beigelegt.

**Beschluss:**

1. Der außerplanmäßigen Aufwendung /Auszahlung in Höhe von 1.075.985 EUR als Zuschuss an die Jüdische Gemeinde Dessau wird unter den in den Beschlusspunkten 2 und 3 genannten Bedingungen zugestimmt. Als Deckungsquelle dienen Fördermittel der Maßnahme „Umfeld Historisches Arbeitsamt/Stadtplatz“ in Höhe von 717.330,00 €. Die Deckung des Eigenanteils in Höhe von 358.655,00 € erfolgt aus Minderaufwendungen für Zinsausgaben.
2. Die Stadt Dessau-Roßlau beantragt die Änderung des Maßnahmen-, Kosten-, Finanzierungs- und Zeitplanes (MKFZ-Planes) für das Förderprogramm „Sozialer Zusammenhalt“ Programmjahr 2020 beim Landesverwaltungsamt. Die Beantragung erfolgt mit dem Hinweis, dass die umgewidmeten Fördermittel in einem späteren Programmjahr für die Maßnahme „Umfeld Historisches Arbeitsamt – Stadtplatz“ durch das Landesverwaltungsamt zur Verfügung gestellt werden.
3. Unter der Voraussetzung, dass der geänderte MKFZ-Plan durch das Landesverwaltungsamt genehmigt wird, fördert die Stadt Dessau-Roßlau die Einzelmaßnahme „Erweiterung Jüdisches Gemeindezentrum mit Synagoge in Dessau“ der Jüdischen Gemeinde zu Dessau gemäß dem Bewilligungsbescheid des Landesverwaltungsamtes vom 16.12.2020.
4. Die Verwaltung wird ermächtigt, einen entsprechenden Fördermittelbescheid für den Vorhabenträger zu erstellen und auszureichen.

**Abstimmungsergebnis: 33:00:11**

## 7.8 IT-Projekte für das Haushaltsjahr 2023 Vorlage: BV/025/2023/II-11

### **Beschluss:**

Die IT-Prioritätenliste 2023 wird bestätigt. Gemäß Genehmigung HH-Ansatz ist diese Liste entsprechend der Prioritäten umzusetzen.

**Abstimmungsergebnis:** 44:00:00

## 7.9 Bildung einer Rücklage für Gewinne der Betriebe gewerblicher Art (BgA) der Stadt Dessau-Roßlau Vorlage: BV/056/2023/II-20

### **Beschluss:**

Die Stadt Dessau-Roßlau beschließt, dass für die Gewinne im Veranlagungsjahr 2022 aller BgA's (Regiebetriebe) der Stadt Dessau-Roßlau eine Rücklage gebildet wird. Diese Gewinne sollen dem jeweiligem BgA als Eigenkapital weiterhin zur Verfügung stehen.

**Abstimmungsergebnis:** 44:00:00

## 7.10 Maßnahmebeschluss zur Umgestaltung des Lustgartens Vorlage: BV/037/2023/III-63

**Frau Lohde, Bürgermeisterin und Beigeordnete für Bauen und Stadtgrün**, erläutert die Beschlussvorlage und ergänzt, dass aus der Bürgerschaft mehrfach Hinweise zur Aufstellung historischer Kleinplastiken und Reliefs, die ursprünglich dort eingebaut waren, kamen. Der Sachstand dazu wird im nächsten Ausschuss für Stadtentwicklung, Bauen, Stadtgrün und Mobilität vorgestellt.

Als Vorsitzender des Ausschusses für Wirtschaft und Tourismus appelliert **Herr Mrossek, Fraktion AfD**, die Planungs- und Realisierungsleistungen so zu splitten, dass die Aufträge in Dessau oder in der Region bleiben.

**Beschluss:**

Die Umgestaltung des Lustgartens mit einem voraussichtlichen Wertumfang von 726.000 EUR wird beschlossen.

**Abstimmungsergebnis:** 44:00:00

**7.11      **Neubau einer Zweifeldsporthalle in der Damaschkestraße - Tektur****  
**Vorlage: BV/072/2023/III**

Nach kurzen Erläuterungen durch **Frau Lohde, Bürgermeisterin und Beigeordnete für Bauen und Stadtgrün**, wird die Beschlussvorlage zur Abstimmung gebracht.

**Beschluss:**

Zustimmung zur Änderung des Gesamtmaßnahmebeschlusses „Anhebung und Zurücksetzen des Bauwerks über den höchsten Grundwasserstand (HW)“.

**Abstimmungsergebnis:** 44:00:00

**7.12      **4. Novellierung des Gesamtmaßnahmebeschlusses (BV/440/2019/III-65) vom 05.02.2020****  
**Stark III plus EFRE - Grundschule „Tempelhofer Straße“**  
**Vorlage: BV/052/2023/III-65**

Nach Erläuterungen durch **Frau Lohde, Bürgermeisterin und Beigeordnete für Bauen und Stadtgrün**, wird die Beschlussvorlage zur Abstimmung gebracht.

**Beschluss:**

**1. Maßnahme 1 - Energetische und allgemeine Sanierung der Grundschule**

- 1.1 Die erforderliche Erhöhung des Gesamtausgabebedarfes für die energetische und allgemeine Sanierung der STARK III plus EFRE - Maßnahme wird von 12,685 Mio. € (brutto) um 2,317 Mio. € (brutto) auf 15,002 Mio. € (brutto) beschlossen.

**2. Maßnahme 2 – Neugestaltung der Freianlagen sowie Schulhof und Sportflächen**

- 2.1 Der erforderliche Gesamtausgabebedarf für die Neugestaltung der kompletten Freianlagen incl. Schulhof und Sportflächen als zusätzliche Maßnahme wird von 1,8 Mio. € (brutto) um 50 T€ (brutto) auf 1,85 Mio. € beschlossen.

**Abstimmungsergebnis:** 44:00:00

- 7.13 Mitgliedschaft in der Verbandsversammlung des Gewässerunterhaltungsverbands „Mulde“**  
**Vorlage: BV/043/2023/III-66**

**Beschluss:**

Die Stadt Dessau-Roßlau schlägt die im Folgenden benannten Mitarbeiter der Stadtverwaltung zur Nachwahl in das Gremium „Verbandsversammlung“ des auf dem Gebiet der Stadt-Dessau-Roßlau tätigen Gewässerunterhaltungsverbands (UHV) „Mulde“ vor:

- |                        |                 |
|------------------------|-----------------|
| -                      | Verbandsver-    |
| sammlung: Herr Sohmen, |                 |
| -                      | Stellvertreter: |
| Herr Schlegel.         |                 |

**Abstimmungsergebnis:** 44:00:00

- 7.14 Ausbau Hardenbergstraße - im Sanierungsgebiet Dessau-Nordwest – Maßnahmebeschluss**  
**Vorlage: BV/058/2023/III-66**

**Herr Kaßner, Fraktion Die Grünen, FDP, Neues Forum-Bürgerliste**, gibt die Ablehnung der Beschlussvorlage im Stadtbezirksbeirat Ziebigk/Siedlung, mit der Begründung, dass andere Maßnahmen mehr Priorität haben, bekannt.

**Beschluss:**

Die Baumaßnahme Ausbau Hardenbergstraße im Abschnitt Bauhausstraße bis Jahnstraße wird mit einem Gesamtwertumfang von 750.000 € realisiert.

**Abstimmungsergebnis:** 38:01:05

- 7.15      Ausbau Knoten Kleinkühnauer Straße/Brambacher Straße einschließlich Entwässerung - Novellierung des Maßnahmebeschlusses -  
Vorlage: BV/438/2022/III-66**

**Beschluss:**

Aufgrund der aktuellen Gesamtkostenentwicklung ist der Beschluss des Stadtrates BV/256/2021/III-66 vom 22.09.2021 zu novellieren. **Teil 2 - Straßenbau** - der Gesamtmaßnahme wird mit aktuellen Gesamtkosten in Höhe von **1.917.100 €** realisiert.

**Abstimmungsergebnis:** 44:00:00

- 7.16      Grundsatzbeschluss zur Umgestaltung der Kindertagesstätte "Bussi  
Bär" - Kühnauer Straße 75 als Ausweicheinrichtung  
Vorlage: BV/009/2023/IV-DKT**

**Beschluss:**

1. Die Betriebsleiterin wird beauftragt, die Vorplanung für die Umgestaltung der Kindertageseinrichtung mit bis zu 100 KiTa-Plätzen in Trägerschaft des Eigenbetriebes DeKiTa mit geschätzten Planungs-/Baukosten von ca. 469,6 TEUR bis zur Leistungsphase 3 zu beauftragen und einen Maßnahmenbeschluss vorzubereiten.
2. Die notwendigen Planungsmittel in Höhe von ca. 10,0 TEUR werden zu 100 % aus städtischen Eigenmitteln bereitgestellt und freigegeben.

**Abstimmungsergebnis:** 44:00:00

**7.17 Grundsatzbeschluss zum Ersatzneubau der Kindertagesstätten „Mildenseer Spielbude“ und „Kleutscher Spatzennest“  
Vorlage: BV/027/2023/IV-DKT**

**Beschluss:**

3. Die Betriebsleiterin wird beauftragt, die Vorplanung für den Ersatzneubau einer Kindertageseinrichtung mit bis zu 85 KiTa-Plätzen in Trägerschaft des Eigenbetriebes DeKiTa mit geschätzten Planungs-/Baukosten von ca. 4,4 Mio. EUR bis zur Leistungsphase 2 zu beauftragen und einen Maßnahmenbeschluss vorzubereiten.
4. Im Ergebnis der Standortvoruntersuchung wird der Standort Alt Dellnau favorisiert. Im Zuge eines Maßnahmenbeschlusses ist die Übertragung der städtischen Flächen in das Sondereigentum EB DeKiTa durch die Betriebsleitung vorzubereiten.
5. In die Entwurfsplanung ist die bauliche und konzeptionelle Integration einer Jugendfreizeiteinrichtung mit einer Kapazität von bis zu 35 Personen und geschätzten Baukosten i.H.v. 433,7 TEUR einzubeziehen.
6. Um den städtischen Klimaschutzziele und den aktuellen Energiepreisentwicklungen gerecht zu werden, wird mit dem Neubau ein kommunales Modell-Bauvorhaben zum Klimaschutz angestrebt. Bestandteil der planerischen Aufgabe ist es, den Betrieb der Einrichtung CO<sup>2</sup> neutral zu gestalten.
7. Die notwendigen Planungsmittel in Höhe von 84,5 TEUR werden zu 100 % aus städtischen Eigenmitteln bereitgestellt und freigegeben.

**Abstimmungsergebnis: 44:00:00**

**7.18 Richtlinie der Stadt Dessau-Roßlau zur Gewährung von Leistungen für einmalige Bedarfe nach § 24 Abs. 3 SGB II und § 31 SGB XII  
Vorlage: BV/254/2022/V-50**

**Beschluss:**

Die „Richtlinie der Stadt Dessau-Roßlau zur Gewährung von Leistungen für einmalige Bedarfe nach § 24 Abs. 3 SGB II und § 31 SGB XII“ wird beschlossen.

Die Richtlinie tritt mit Wirkung vom 01.06.2023 in Kraft.

---

Die „Richtlinie der Stadt Dessau-Roßlau zur Gewährung von einmaligen Beihilfen nach § 23 Abs. 3 SGB II und § 31 Abs. 1 SGB XII“ vom 01.04.2008 (BV/342/2007/IV-50) wird mit Wirkung zum 01.06.2023 außer Kraft gesetzt.

**Abstimmungsergebnis:** 39:00:05

**7.19      Positionspapier zur Schulsozialarbeit 2023  
Vorlage: JB/001/2023/IV-51**

**Herr George, Fraktion Die Grünen, FDP, Neues Forum-Bürgerliste**, legt als Vorsitzender des Jugendhilfeausschusses dar, dass mit der Beschlussvorlage Planungssicherheit beim Land erwirkt werden soll. Eine Delegation der Freien Träger und des stellv. Vorsitzenden des Jugendhilfeausschusses, Herrn Hoffmann, wird am 1. Juni 2023 das Positionspapier in Magdeburg überreichen.

**Herr Oberbürgermeister Dr. Reck** gibt seine Enthaltung bei der Abstimmung zur Vorlage bekannt, da der Aspekt, dass die Schulsozialarbeit weiterhin in der Verantwortung der Kinder- und Jugendhilfe bleibt, anderen Gremien als Entscheidungsträger überlassen werden sollte. Persönlich spricht er sich dafür aus, dass die Schulleiterinnen und Schulleiten selbst ihre Schulsozialarbeiter aussuchen und dass diese über das Bildungsministerium beschäftigt werden.

**Beschluss:**

1. Der Jugendhilfeausschuss und der Stadtrat beschließen das Positionspapier der Stadt Dessau-Roßlau (Anlage 2) zur Schulsozialarbeit an das Land Sachsen-Anhalt.

**Abstimmungsergebnis:** 43:00:01

**7.20      Reaktivierung der Teiche an der Kochstedter Waldsiedlung durch die  
Einleitung von Niederschlagswasser  
Vorlage: FV/007/2023/StR**

**Herr Dreibrodt, Freie Fraktion Dessau-Rosslau**, verliest die Begründung der Vorlage und verweist auf das einstimmige Abstimmungsergebnis der vorberatenden Gremien.

**Frau Lohde, Bürgermeisterin und Beigeordnete für Bauen und Stadtgrün**, geht auf die Diskussion im Ausschuss für Stadtentwicklung, Bauen, Stadtgrün und Mobilität ein und bemerkt, dass keine Finanzierungsvorschläge unterbreitet wurden und auch die Zeitschiene offen ist. Es wurde vereinbart, die Mittel für den Haushalt 2024 anzumelden und dann die Fördermittel zu beantragen.

**Herr Schönemann, Fraktion Die Linke**, bittet darum, eine Analyse für die Stadt zu erarbeiten, welche Kriterien die klimatischen Voraussetzungen zum gegenwärtigen Zeitpunkt definieren, um daraus entsprechende Schlussfolgerungen ableiten zu können.

**Herr Mrosek, Fraktion AfD**, gibt die Unterstützung seiner Fraktion zur Beschlussvorlage bekannt und stellt die Frage, wer der Einreicher der Vorlage ist, da auf der Vorlage der Stadtrat als Einreicher vermerkt ist.

**Herr Rumpf, Vorsitzender des Stadtrates**, gibt bekannt, dass die Freie Fraktion Dessau-Roßlau und die Fraktion Die Grünen, FDP, Neues Forum-Bürgerliste die Einreicher sind.

### **Beschluss:**

Reaktivierung der Teiche an der Kochstedter Waldsiedlung durch die Einleitung von Niederschlagswasser. Die Stadtverwaltung wird beauftragt, die erforderlichen Umbauarbeiten der bestehenden Regenwasserkanalisation zu planen und die anfallenden Kosten zu ermitteln. Für die Realisierung der Maßnahme sind Fördergelder beim „Ministerium für Wissenschaft, Energie, Klimaschutz und Umwelt“ des Landes Sachsen-Anhalt zu beantragen über die Fördertöpfe „Wasserrahmenrichtlinie“, „Artensofortförderung“ oder „Wassermanagement“.

**Abstimmungsergebnis:** 42:00:02

### **7.21 Erweiterung Standort der Trinkbrunnen im Stadtgebiet Dessau-Roßlau Vorlage: FV/004/2023/Linke**

**Herr Adamek, Fraktion CDU**, stellt den **Änderungsantrag**, den Beschluss folgendermaßen zu erweitern:

- Die Stadtverwaltung wird beauftragt, über eine Ausschreibung Sponsoren für die Trinkbrunnen zu finden. Die Säule des Brunnens steht dabei als Werbefläche zur Verfügung.
- Ergebnisse sind bis zum Beginn der Haushaltsdebatte vorzulegen.

**Herr Frisch** führt aus, dass die **Fraktion AfD** der Vorlage nicht zustimmen wird, da zum einen diejenigen, die touristische Höhepunkte besuchen, etwas zum Trinken dabei haben und zum anderen in den Außenbezirken von Vandalismus ausgegangen werden muss.

**Frau Lohde, Bürgermeisterin und Beigeordnete für Bauen und Stadtgrün**, erklärt, dass der in der Vorlage genannte Termin nicht umsetzbar ist. Deshalb sollen die Mittel mit dem Haushalt 2024 angemeldet werden. Wenn die Vorlage beschlossen wird, sind 10 weitere Standorte zu prüfen.

**Herr Fackiner, Fraktion Die Grünen, FDP, Neues Forum-Bürgerliste**, bemerkt, dass bezüglich der Umsetzbarkeit und der anstehenden Kosten mit Augenmaß agiert werden muss. Er regt an, einen Trinkbrunnen pro Jahr aufzustellen.

Es handelt sich um einen Prüfauftrag und nicht darum, die Standorte schon umzusetzen, bemerkt **Herr Schönemann, Fraktion Die Linke**. Nach der Prüfung ist festzulegen, in welchem Rhythmus schrittweise dieses Trinkbrunnennetz in der Stadt ausgeweitet wird.

**Herr Kaßner, Fraktion Die Grünen, FDP, Neues Forum-Bürgerliste**, verweist auf die Trinkbrunnen in Innsbruck, wo das Wasser von oben in einen unteren Behälter für Hunde läuft, so dass das Wasser von den Hunden nachgenutzt werden kann. Damit könnte auch an die tierischen Mitbewohner gedacht werden.

**Herr Schönemann, Fraktion Die Linke**, legt dar, dass er diese Anregung zur Prüfung übernehmen wird.

**Der Ergänzungsantrag der Fraktion CDU auf Erweiterung des Beschlusses wird seitens des Einreichers übernommen.**

### **Beschluss:**

Die Stadtverwaltung wird beauftragt, weitere Standorte für Trinkbrunnen zu bestimmen.

Als mögliche Standorte sind zu prüfen:

- Bauhaus/Meisterhäuser
- Konsum/Stahlhaus
- Georgium/Pflanzen- und Tierpark
- Markt Roßlau
- Luisium
- Wasserburg in Roßlau
- Stadtpark
- Schillerpark
- Spielplatz Elbpavillon
- Spielplatz Kornhaus

---

Das Prüfungsergebnis ist bis Ende des Jahres 2023 dem Haupt- und Personalausschuss vorzustellen. Eine entsprechende Beschlussvorlage ist im Stadtrat einzubringen.

Die Stadtverwaltung wird beauftragt, über eine Ausschreibung Sponsoren für die Trinkbrunnen zu finden. Die Säule des Brunnens steht dabei als Werbefläche zur Verfügung.

Ergebnisse sind bis zum Beginn der Haushaltsdebatte vorzulegen.

**Abstimmungsergebnis:** 37:06:01

## **7.22      Qualifizierung der Sporthalle Friedensschule für Spiele der Dessau Volleys in der 2. Bundesliga Vorlage: FV/005/2023/PDR**

### **Beschluss:**

Der Ausschuss für Finanzen empfiehlt vorbehaltlich der Prüfung des Antrages durch das zuständige Fachamt die Sporthalle Friedensschule in die Förderung zu nehmen. Der Antrag zur Erneuerung der Spielfeldmarkierung der Sporthalle Friedensschule sowie der Anschaffung von zwei Netzpfeosten ist durch den Verein zu stellen. Sie sind die Voraussetzung für die Spiele der Dessau Volleys in der 2. Bundesliga.

Die Maßnahmen belaufen sich insgesamt auf etwa 12.600 EUR. Davon werden 5.000 EUR Eigenanteil des Vereins getragen.

**Abstimmungsergebnis:**43:00:01

Der öffentliche Teil der Sitzung wird beendet und **Nichtöffentlichkeit hergestellt.**

## **10      Schließung der Sitzung**

Die Sitzung wird um 19:26 Uhr durch seinen **Vorsitzenden, Herrn Rumpf**, geschlossen.

Dessau-Roßlau, 22.06.23

---

Frank Rumpf  
Vorsitzender Stadtrat

Schritfführer